

Er scheint
an allen Verlagen.

Bezugspreis monatl. Blatt
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungshändler 3.80
durch die Post 3.50
auschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Blatt
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105. 6275.
Tel.-Ahd.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Worte)

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200 288 in Polen.

mit illustriertem Beilage: "Die Zeit im Bild".

Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Dresden.

Anzeigenpreis: Postzelle (88 mm breit) 45 Gr.

für die Millimeterzeile im Reklamezeit 15 Groschen.

für die Millimeterzeile im Reklamezeit 45 Groschen.

Sonderplatz 50% mehr. Reklamezeit 90 mm breit) 135 gr.

Die Deutschen in Jugoslawien.

Nahezu siebenhunderttausend Deutsche wohnen innerhalb der Grenzen des jungen Südosteuropa. Sie leben an den Niederungen der mittleren Donau, an der Theiß, in Kroatien, in Syrien und in den ehemaligen bosnischen Reichslanden. Als Volkswerk gegen die Türken, als Wall des Christentums und der westlichen Kultur gegen den Orient haben sie die Habsburger im Laufe des 18. Jahrhunderts dort unten angelebt: Elsässer, Lothringer, Würtemberger, Hannoveraner und andere. Die Habsburger haben es immer gewußt, daß diese deutschen Bauern nicht nur ehrlich und arbeitsam sind, sondern vor allem ruhige, lohale Staatsbürger. Sie haben die ihnen übertragene Aufgabe immer brav erfüllt, auch dann noch, als sie der Dynastie schon längst eine Bürde geworden waren im Wandel einer modernen Nationalitätenpolitik, die aber immer nur den Interessen der Hausherrschaft dienten. So wurden diese deutschen Staatsbürger auch sittsame Untertanen unter der kroatischen, serbischen und ungarischen Herrschaft, der sie von den Habsburgern schmiede ausgeliefert worden waren. Der Dank vom Hause Österreich . . .

Infolge ihrer sozialen Entwicklung erhielten sie sich leicht ihre nationale Eigenheit. Sie sprechen auch heute noch ihr ursprüngliche Mundart. Sie bestellten Haus und Hof und überließen die Sorgen um die Publica den — andern. So ließen sie nur einen schwachen Zulauf zu den intellektuellen Schichten. Obwohl Söhne einer älteren und höheren Kultur gerieten sie unter die Einflüsse einer magyarischen oder kroatischen Intelligenz. Viele dieser deutschen Söhne ergaben sich widerspruchslös der Entnationalisierung. Deutsch blieben nur die am Bauernhof. Der Dichter Adam Müller-Guttenbrunn entzog ihr britisches Los der Vergesslichkeit. Erst durch seine Schriften wurde ihr nationaler Widerstand aufgerüttelt. Mit dem Umsturz sind alle Fäden abgeschnitten.

Die Jahre der nationalen Einigung bis 1922 waren für die Schwaben, wie man alle Deutschen ohne Unterschied ihrer Stammeszugehörigkeit dort unten nennt, Jahre wahrhaftigen Unheils. Niemand kümmerte sich um ihre angestammten Rechte, man versuchte nicht nur ihren nationalen Bestand zu zerschmettern, sondern man wollte ihnen auch noch ihren Grund und Boden nehmen. Erst die Vidovdan-Beschaffung stellte ihre staatsbürglerlichen Rechte auch im Königreiche SHS wieder her. Trotz aller Unbill, die sie erlitten, blieben sie auch den neuen Herren gegenüber das was sie immer gewesen waren, ruhige und treue Untertanen. Ihr ganzes Interesse an der Politik konzentriert sich einzig und allein auf bescheidene Schul- und Kirchenfragen und auf eine gerechte Bodenreform, der sie nicht zum Opfer fallen wollen. Nur so ist es zu erklären, daß sie nur acht deutsche Volksvertreter in die Belgrader Stupichtina entsendeten, — ein neunter kam später aus dem Jugoslawien zugefallenen kroatischen Miestal dazu — obwohl sie auf Grund ihrer zahlenmäßigen Stärke eigentlich Anspruch auf etwa 16 Mandate hätten. Viele deutsche Bauern hatten im Geiste der ihnen angeborenen Loyalität für die grossherzbische Regierungspartei gestimmt, dadurch hatten sie am besten ihre Rechte zu wahren geglaubt. Auch im Belgrad Parliament haben bis zum Jahre 1924 die deutschen Abgeordneten dem Regierungsbloc angehört, um dadurch vor allem den offenkundigen Beweis zu erbringen, daß es ihnen an Staatsstreue nicht fehle und daß sie jedem unsinnigen Irredentismus fernbleiben.

Der Kampf der südslawischen Stämme und Mohammedaner gegen den grossherzbischen Zentralismus hatte um die Mitte des Vorjahres zur Bildung einer wirklich demokratischen Regierung unter Djuba Davidowitsch geführt. Warum sollten die Deutschen nicht in die Regierungsmehrheit eingetreten, deren föderalistische und soziale Orientierung in jeder Beziehung ihren nationalen, sozialen und kulturellen Interessen entsprach. Der wilde Kampf zwischen Zentralismus und Föderalismus ist noch lange nicht ausgetragen. Er wird vielleicht am 8. Februar, an dem die Kammerwahlen stattfinden, in ein neues Stadium treten. Es ist klar, daß die kleinen Parteien und die schwachen Nationen in diesem heftigen Kräftespiel am heftigsten hin- und hergeschleudert werden. Und wenn die Belgrader Machthaber nicht fertig werden mit ihren Bruderstädten, den Kroaten und Slowenen, wenn Stefan Raditsch, wie gestern ein gewiefter Politiker, nämlich der gewesene erste jugoslawische Außenminister, Dr. Ante Trumbitsch in einer Agramer Wahlerversammlung erklärte, noch aus dem Gefängnis das kroatische Volk führe und lenke, dann wird es verständlich, daß die grossherzbischen Terrororganisationen ihr Mütchen lieber in den kleinen Städten der Woiwodina an den deutschen Kandidaten füllen, als etwa in den Hochburgen der Opposition, in Nikšić oder Laibach. Die Stochter der Serbien, die auf die deutschen Vertragsmänner Dr. Kraft und Dr. Graßel niedersaßen, reihen sich ebenbürtig an den in Jugoslawien herrschenden von Pasinch und Bribitschewitsch inspirierten Geist der Gewalt und der Intrigue. Das weisse Europa hofft erst auf, da die deutschen Kandidaten blutig zusammenbrechen, von der Ermordung und Verleugnung

demokratischer, republikanischer und mohammedanischer Wahlwerber wurde nicht viel berichtet. Man rechnet für gewöhnlich solche Ereignisse als auf die Tagesordnung der Balkanpolitik gehörig und vergift dabei nur, daß das Südosteuropa in den Julischen Alpen und in den Karawanken tief bis nach Mitteleuropa hineinreicht, also in die Sphäre der westlichen Kultur. Wenn man den Führer der kroatischen Volksbewegung auf Grund harmloser oder gefälschter Dokumente unter der Anklage des Hochverrates gesangen hält, kann es nicht wundernehmen, daß man auch

die leitenden Köpfe der deutschen Partei bezichtigt, an dem hochverrätischen Treiben der republikanischen Bauernpartei teilgenommen zu haben. Die jugoslawischen Wahlen werden wirklich, wie Nikola Paschitsch in seinem Zyklus angekündigt hat, im Zeichen des Eisens und des Feuers gemacht. Der Widerstand aller Stämme und Nationen gegen das servische Gefängnis wird aber immer wichtiger, je mehr sich die brutale Gewalt mit der Lüge verbündet.

Schwierigkeit der Regierungsbildung in Preußen.

Landtagsauflösung?

Die Wiederwahl des Sozialisten Otto Braun zum preußischen Ministerpräsidenten hat die Regierungskrise in Preußen noch nicht gelöst, sondern vielleicht erst zu neuer Entwicklung gebracht. Durch seine Wahl ist Braun erst beauftragt, aber noch nicht in seinem Amt bestätigt. Diese Bestätigung hat durch das Vertrauensvotum des volkähnlichen Kabinetts zu erfolgen. Und selbst wenn ihm hierfür die gleiche kleine Mehrheit bliebe, die er durch das Fehlen von fünf Kommunisten und zwei Rechtsparteiern gestellt hat, so ist diese Mehrheit so schwach, daß sie ein nur auf die Weimarer Koalition gestütztes Kabinett dauernd der Gefahr von Zusammensetzungen ausgesetzt würde.

Auf der Rechten wird das geistige Ergebnis denn auch in der Richtung auf diese Gefahren unterstrichen. Die "Deutsche Zeitung" spricht von einem Phryrus-Sieg, von einer Zusammensetzung, als die sie die absolute Mehrheit Brauns im ersten Wahlgang ansieht, und erneuert die Deutsch-Hanoveraner, ihre Wähler nicht durch eine noch deutlichere Verbindung der Abstimmung gegen Deutschnationale vor den Kopf zu stoßen, und das Bunttum an seinen landwirtschaftlichen Kreise zu deuten. Der "Volks-Anzeiger" unterstreicht den Gegensatz der Rechten gegen Seizing und meint, daß politische Probleme bestehen in der Schaffung möglichst stabiler Verhältnisse; das sei die "Forderung des Tages", gegen die sich die Preußischen Parteien sträuben, deutet auch in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit einer Landtagsauflösung. Die "D. A. B." stellt, etwas optimistisch, die Frage, ob nicht "die einmütige Zustimmung des Bunttums nichts anderes sein könnte, als eine Demonstration und eine gute Abschiedsszene, die man

dem bisherigen Genossen der alten Koalition bringen zu müssen glaubt?"

An vielen Stellen kommt im übrigen die Ansicht zum Ausdruck, daß die endgültige Lösung der Krise lange Zeit beanspruchen und schließlich nur mit Hilfe einer Landtagsauflösung gelingen werde.

Braun konferiert mit den Parteien.

Berlin, 1. Februar. (L. W.) Der neue preußische Ministerpräsident konferierte im Namen der Gruppen, die für ihn stimmten, mit der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei. In Ausführung des Auftrages der Demokraten wollte er die Grundlagen der Koalitionsregierung erweitern und festigen. Da weder die eine, noch die andere Seite auf die Teilnahme an der Regierung einget, ist die Frage der Auflösung des Landtages aktuell gegeben. In der preußischen Verfassung besteht ein Paragraph, der die Auflösung des Landtages gestattet, wenn sich der Ministerpräsident, der Vorsitzende des Landtages und des Staatsrates dafür erklären. Der Ministerpräsident und der Vorsitzende des Landtages, Bartel, sind Sozialisten, der Vorsitzende des Staatsrates ist Mitglied des Bunttums. Es wäre also schwer, den Beschluss des Kollegiums und des Landtages umzustufen. Doch wird sich Braun vorher an das Bunttum wenden mit der Aufforderung, ihm entschiedene und energische Hilfe im parlamentarischen Kampfe zu gewähren. Dann könnte die Regierung zugleich gebildet werden, worauf man versuchen würde, das Budget durchzubringen, während im Frühjahr Neuwahlen stattfinden.

Die polnische Anleihe. — Gefahren im Osten.

Vom Stand der Anleihe. — Die Briefkästen. — Der Kriegsrat. — Über Deutschland soll schuld sein. — Die Rede Thugutis keine Propaganda. — Die gefährliche Ostgrenze. — Der durch die Vertreibung der Polen gereinigte russische Grenzstreifen.

Wir wollen eines vorausschicken, um alle Missverständnisse zu vermeiden: Nicht nur die Deutschen Polens haben als Angehörige dieses Staates zu leiden, wenn es unmöglich ist, dessen Wirtschaft der Gesundung zuzuführen. Das Deutsche Reich und die Freie Stadt Danzig haben genau das gleiche Interesse, daß die wirtschaftliche Krise in Polen verschwindet, und daß stabile Verhältnisse eintreten. Deutschland hat einen Vorvertrag mit Polen abgeschlossen, und ihm wird ein Handelsvertrag auf Grund der Meistbegünstigung folgen. Es ist klar, daß ein Land, das nicht über die nötigen Mittel verfügt, auch nichts kaufen kann. Polen steht hinsichtlich seiner Einfuhr nach Deutschland an der vierten Stelle, bezüglich seiner Einfuhr aus Deutschland nach Polen an der siebten Stelle aller europäischen mit Deutschland handel treibenden Völker. (Für Polen ist das Verhältnis noch bei weitem wichtiger, denn hinsichtlich der Handelsbeziehungen steht Deutschland weit aus der ersten Stelle aller mit Polen handel treibenden Staaten.) Der Kommando definitive Handelsvertrag mit Deutschland verliert in dem Maße an seinem Wert, in dem Polen mit seiner wirtschaftlichen Gesundung im Rückstand bleibt oder nicht. Wir haben schon des öfteren dargelegt, daß der einzige Weg für Polen, um aus der furchtbaren jetzigen Krise herauszukommen, der ist eine größere ausländische Anleihe zu günstigem Kinsfuß zu erhalten. Nun wurde seit Wochen, bald mehr, bald weniger offiziell angekündigt, daß die Anleihe in der Höhe von 50 Millionen Dollar bereits unterzeichnet sei, daß sie eine Option für Polen darstelle, und daß Polen nur noch diese Option einzuladen habe. Eine klare und bündige Erklärung der Regierung aber, aus der man den Abschluß der Anleihe hätte nehmen können, blieb aus. Man mußte daher zur Überzeugung kommen, daß doch noch etwas fehle, um die Anleihe als wirklich schon in den Hafen gebracht anzusehen zu können. Nun kam plötzlich, wie aus blauem Himmel herunter, die ungeheure Aufregung wegen der Briefkästen in Danzig. Schon als ein paar Unbekannte die polnischen Adler beschmierten sollte der Präsident aus Spala nach Warschau, wo eine geheimnisvolle Sitzung des ganzen Kabinetts, unter Vorsitz des Staatspräsidenten stattfand. Das war der erste große Fehler: Man machte aus der Angelegenheit in Polen eine gewaltige Sensation, die sich in amerikanischen Blättern mit fabelhaften Headlines (seiten Überschriften) verschenkte.

Die Rede Thugutis.

Nachdem auf diese Weise jeder Amerikaner genügend auf diesen "Kriegsrat" unter Vorsitz des Staatsoberhauptes aufmerksam geworden war, kam die erregende Rede Thugutis, in der wirklich und wahrscheinlich die Möglichkeit eines Krieges angedeutet wurde. Nach aufsehenerregende Headlines in den amerikanischen Blättern erschienen, und es ist wirklich erstaunlich, wie gespannt man in der englischen und amerikanischen Presse den Streit mit Danzig verfolgte. Man kann wohl sagen, daß dabei diesmal die Sympathien sich nicht der polnischen Seite geneigten. Wir sahen das Unglück voraus, und deshalb haben wir in einer längeren Betrachtung die Rede Thugutis im Interesse Polens so lebhaft bedauert. In der polnischen Presse aber führt man fort zu behaupten, daß trotz allem die amerikanische Anleihe gesichert sei. Und als Herr Michałski in der geheimen Kommissionssitzung sagte, daß die Rede Thugutis einen unheilvollen Einfluß gehabt habe, beeilte sich Herr Grabštět zu erläutern, daß nach seinen Informationen "in auswärtigen Kreisen" dies nicht der Fall sei. Nun es ist doch der Fall gewesen, und nun wird das Publikum in ganz merkwürdiger Weise darauf vorbereitet, daß es doch mit der Anleihe haue. Die Sache hieran wird nach beliebten Mustern zunächst einmal — den ränkesüchtigen Deutschen augezeichnet. Der

Kurier Polonus veröffentlicht ein "eigenes" Telegramm aus Washington, in dem gelagt wird, daß der deutsche Botschafter in Washington auf die amerikanische Regierung einen Druck ausgeübt, um den nahen Abschluß der Anleihe zu behindern und der Botschaft nahestehende Kreise suchen die Anleihe sogar unmöglich zu machen. Wenn man die Legende des "Kurier Polonus", der überhaupt keinen Korrespondenten in Washington besitzt, in verständliches Deutsch übersetzt, so begreift man das: ein Blatt hatte erfahren, daß trotz aller Ankündigung, der Abschluß der Anleihe doch noch in einiger Ferne liege, ja daß er sogar bedroht sei. Diese schlimme Zeitung erhielt am Abend sogar eine Bestätigung durch die "Rzeczpospolita", das nun an Herrn Sorantsky übergegangene Blatt, welches schreibt, daß gewisse Finanzkreise Amerikas, vor allen Dingen in New York, eine Kampagne gegen den raschen Abschluß der amerikanischen Anleihe führen, daß aber die Anleihe auf gutem Wege sei. Dieser gute Weg ist ein schwacher Trost, wird doch hier der "Rzeczpospolita" an einer amtlichen Stelle mit dünnen Worten das Geständnis gemacht, daß mit einem raschen Abschluß der Anleihe nicht zu rechnen sei. Das ist das traurige Ergebnis der unbekümmerten Erregung und wenn auch unbeabsichtigt, so doch angedeuteter Kriegsdrohung Thugutis, sowie der ganzen unbedachten und aufgeregten Art, wie man hier in Polen die Streitfrage behandelt hat.

Wir glauben nicht irre zu gehen, wenn wir behaupten, daß zu den einflussreichen Gegnern der Anleihe die Morgan und die Schiffgruppe gehören. Und ferner hören wir, daß man den Polen außer der Föderalizität noch weitere Garantien verlangt, die sich vor allem auf die Verwendung der Gelder beziehen. Man hat in Amerika Angst davor bekommen, daß Polen die Anleihe verzögern zu Rüstungszwecken benutzen könnte, und dafür will der Amerikaner sein Geld nicht riskieren. Man überhaupt besorgt darüber in Amerika, ob Polen sich nicht doch zu unbedachten Handlungen hinreißen lassen könnte, die die Sicherheit der Anleihe gefährden könnten. Wir hier wissen, daß die Friedensversicherungen der polnischen Minister auftrichtig gemeint sind. Aber die Headlines in den amerikanischen Blättern haben das Urtheil getan. Und nun verlangt man amerikanischerseits eine Art Kontrolle über die Art der Verwendung der Gelder, eine Demütigung, auf die sich ein Mann wie Grabštět nicht einlassen kann. Es kann wohl nicht verschwiegen werden: die amerikanische Anleihe ist gefährdet, nachdem sie so gut wie bereits abgeschlossen war. Wir bedauern dies auf das allerlebhafteste, nicht zum geingsten auch im deutschen Interesse. Es ist anzunehmen, daß die entstandenen Schwierigkeiten doch noch behoben lassen, und wir haben die absolute Hoffnung, daß Polen dennoch seine Anleihe erhalten wird. Wenn aber eine gute Lehre aus dem Ganzen zu ziehen ist, so ist es die, daß politische Geschäfte sich nicht mit Drohungen und Temperamentsausbrüchen, sondern nur mit kalibliger Persönlichkeit erledigen lassen.

Gefahren im Osten?

In den ersten Monaten des vergangenen Jahres haben die Sowjets, wie uns aus guter Quelle bekannt geworden ist, damit begonnen, längs der polnischen Grenze auf einem weiten Streifen das ganze russische Gebiet von unzulässigen Elementen zu säubern und wachsende Bolschewisten anzuheuern. Es taucht darum die nicht ungestützte Befürchtung auf, daß die Russen mit kriegerischen Wendungen zwischen Rusland und Polen rechnen. Der Hass der Russen gegen Polen ist groß, und die im Ausland befindlichen Emigrantenkreise stehen in diesem Maße unfeindlich den Russen im Innern nach. Aber die große Wirtschaftsknot, die immer noch mangelnden Verbindungswege, die eigenen Kämpfe im Innern und so vieles andere lassen es für



die Sowjets in absehbarer Zeit für ausgeschlossen erscheinen, daß sie das gefährliche Abenteuer eines Krieges auf sich nehmen. Jede Logik spricht also gegen Kriegsverwicklungen Polens mit Russland. Nur muß man bedenken, daß in Russland nicht immer allein die Logik ist, die die Dinge regiert, und daß die Gärungsbewegung in den polnischen östlichen Provinzen, die keineswegs zum Stillstand gekommen ist, für sowjetistische Umlüchte und Provokationen einen mächtigen Anreiz bildet. Nun bringt die „Rzecznopolita“ aus Bielsko eine äußerst wichtige Meldung, die über Vorgänge in Minsk berichtet. Hier hat am 26. Januar die weißrussische Sowjetkommission getagt, und sie hat nicht mehr und nicht weniger beschlossen, als innerhalb verschiedener Termine alle polnischen Landwirte aus dem russischen Grenzgebiete auszusiedeln. Nach ihre Familien müssen diese Gebiete verlassen. Am 1. April müssen alle polnischen Familien ihren Besitz verlassen, die auf sogenannten Restgütern einstiger großerer Besitzungen im Grenzstreifen hausen, am 1. September alle diejenigen, die Verwandte im Ausland haben oder die in der weißen Armee gedient haben, und am 1. Januar 1928 alle anderen Landwirte, die sich zu landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaften oder Kartellen zusammengeschlossen haben. Auf den leer gewordenen Besitzungen sollen dann Kollektivwirtschaften eingeführt werden, also sie sollen zulässig sowjetisch geprägte Bauern gegeben werden. Die „Rzecznopolita“ schlägt aus dem besonders kurzen Termin, der für die Austreibung der Polen angezeigt ist, daß die Bolschewisten beabsichtigen, im Frühjahr Banderüberfälle in großem Maßstab gegen Polen zu veranstalten und daß sie deswegen zunächst einmal die Polen an der Grenze wegschaffen wollen. Ganz unbegründet mag diese Behauptung nicht sein, und sie zeigt wieder einmal, wie sehr man in Polen auf seiner Hut vor dem gefährlichen, im Osten lauernden Nachbar sein muß. Aber es kann dieses Vorgehen der Sowjets, die sich stets als die Beschützer der Weißrussen und Ukrainer aufgespielt haben, auch als Vergeltungsmaßregel für die zahlreichen Militäranstaltungen aufgespielt werden, die Polen in den Ostgebieten vorgenommen hat und die unter den Ukrainern und Weißrussen so viel böses Blut gemacht haben.

Nationaldemokraten und Piasten im Kriegszustand.

Um die Agrarreform in den Ostkreisen.

Im Warschauer Parteileben gibt es schon seit längerer Zeit kleine Erschütterungen. Gelegentlich der Behandlung der Danziger Briefstaatenfrage war das schon zu beobachten, aber jetzt, wo die Nationaldemokraten sich plötzlich gegen das Projekt der sogenannten Agrarreform im Osten wenden, wird das offenbar. Die Nationaldemokraten haben nämlich Lippe und klar erklärt, daß sie jetzt gegen den Antrag zur Durchführung der Agrarreform im Osten stimmen werden. Das ist, mit anderen Worten, eine Kriegserklärung.

Witos, der Bauernführer, der unter der Firma Agrarreform eine ergiebige Parteipolitik im Osten zu treiben gedachte, ist durch das Verhalten seiner Freunde nicht wenig betrübt.

Der Antrag, den die Nationaldemokraten jetzt zu Fall gebracht haben, nachdem sie ihn vorher unterstützt hatten, soll seiner Art nach ein Mittel zur beschleunigten Durchführung der Bodenreform in den östlichen Wojewodschaften sein. Es lautet folgendermaßen:

1. die Vollmacht des Gesetzes vom 17. Dezember 1920 über die Übernahme von gewissen Ländereien durch den Staat wieder einzuführen, damit dieser Boden genutzt werde,

2. die Kommissionierung (Verteilung) und die Liquidation der Serviten (aus dem Besitz ruhende Pachten) in den Ostwojewodschaften gleichzeitig vorzunehmen,

3. in kürzester Zeit im Sejm einen Gesetzentwurf einzubringen, wodurch die Zeit und die Art der Abschätzung der Anlaufspese, sowie die Art der Zahlungsleistung an die Besitzer der Landesleute, die vom Staat auf Grund des Gesetzes vom 17. Dezember 1924 übernommen worden sind, bestimmt würde.

Nicht ganz uninteressant ist die Begründung für dieses Verhalten der Nationaldemokraten. Sie sagen, daß Gesetz vom 21. 9. vertrage sich nicht mit unserer Verfassung. Es sei nämlich keinerlei Grundlagen für die Entschädigung der beschlagnahmten Güter vor.

Dies zu erfahren, daß sich etwas nicht mit der Verfassung verträgt, läßt uns ein wenig aufhorchen, denn wir erinnern uns dabei an viele Dinge in unseren Angelegenheiten, die sich auch nicht mit der Verfassung vertragen. Das nur nebenbei!

Herr Witos zum Verhalten seiner früheren Freunde.

„Gott schütze mich vor meinen Freunden, gegen meine Feinde werde ich mich selbst zu wehren wissen“ — so ähnlich spricht jetzt Herr Witos und dabei anscheinend recht gemischte Gefühle. Der „S. Kurj. Toda“ schreibt dazu:

„Der Abgeordnete Witos, der gewöhnlich gegenüber Journalisten wortlos ist, äußerte diesmal mit sichtbarer Lebhaftigkeit

eine ganze Reihe von Meinungen. Der Schrift des Nationalen Volksverbandes erwirkt uns nicht und macht uns auch nicht fast. Ich sehe darin nichts Tragisches, und es ist nichts Schlimmes geschehen. Es brauchte nichts verderben, denn es gab nichts, das verderben könnte. Es ist also auch kein Grund zu der Notwendigkeit vorhanden, etwas in dieser Angelegenheit zu verbessern. Es läßt sich nicht bestreiten, daß sich die Lage jetzt nur gestärkt hat. Wie ist das zu verstehen? — Unser Zusammengehen mit der Rechten bestand ehemals. Warum sprechen der Herr Vorsitzende in der Vergangenheit? — Wir können mit der Rechten gehen oder gegen sie; wir sind ganz selbstständig.“

Dann fragen wir, ob der Piastenclub den eingebrachten Antrag über die Durchführung der Agrarreform in den Ostmarken verteidigen wird. — Das versteht sich von selbst. Mit ganzer Entscheidlichkeit werden wir die Aktion für seine Beschließung führen. Wenn aber der Antrag durchfällt? — Dann wird in unser gutes Gedächtnis auf Rechnung der Partei eingeschrieben werden, die dazu beitrug, daß wir in der Minderheit blieben.

Zum deutsch-französischen Garantievertrag.

In der „Rzecznopolita“ lesen wir folgendes:

Im „Echo de Paris“ schreibt Pertinac über das deutsche Garantievertrag-Projekt und berichtet, daß es bald den Gegenstand ausführlicher Debatten sein werde.

Das Projekt soll darauf beruhen, daß ein dreifacher Garantievertrag abgeschlossen wird, der durch ein besonderes Abkommen Frankreich, England und Deutschland bindet.

England würde das System, das Frankreich und Deutschland gegenseitig bindet, unter der Bedingung unterstützen, daß sie gegenüber ihre Grenzen respektieren, während England gewissermaßen der Schiedsrichter beider Völker wäre.

Pertinac macht verschiedene Vorbehalte gegen das deutsche Projekt, von denen der wichtigste der ist, daß die Deutschen, nur die Sicherheit der französischen Grenzen respektierend, sich zugleich die Revision der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze, sowie den Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland einräumen würden.

Pertinac weist dann weiter auf die Tatsache hin, daß, wenn hier irgend welche Garantien gegeben würden, der neue Vertrag mit Frankreich jedenfalls nur relativen Wert haben würde.

Wenn nämlich die Deutschen gegen Frankreich vorgehen wollten, dann würde dieser Vertrag sie nicht mehr aufhalten, als der Versailler Vertrag. Die einzige Garantie — betont Pertinac — sind also die Artikel des Versailler Vertrages und die Artikel, die Deutschland zur Demilitarisierung des Rheinlandes verpflichten.

Um Polens Sicherheit.

Zur Frage des Garantievertrages zwischen Deutschland und Frankreich schreiben die „Times“, daß dieser Vorschlag die Bevölkerungen Frankreichs gegenüber den deutschen Rüstungen nicht befähigen werde. Die Deutschen hätten nicht vereinzelt die Wehrkraft errichtet, einen Garantievertrag hinsichtlich der Westgrenze abzuschließen, aber die französische Regierung werde unter keinen Umständen auf solche Vorschläge eingehen, wenn nicht zugleich die Sicherheit Polens und anderer osteuropäischer Länder durch Deutschland garantiert würde.

Die „Times“ äußern die Annahme, daß es den Deutschen in dieser Frage nur um ein politisches Mandat geht, das vielleicht im Zusammenhang stehe mit dem deutsch-französischen Stahltrutzprojekt.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ befaßt sich mit dem Paktkonzept und meint, daß der Vertrag im gegebenen Falle auf keinen ernsthaften Widerstand seitens Englands stoßen würde.

Das Genfer Protokoll und andere Garantieverträge würden dann eventuell überflüssig werden.

Republik Polen.

Polens Bevölkerungszuwachs und Auswanderung.

Die Sejmkommission für Auswärtiges und die Auswanderungskommission hielten eine gemeinsame Sitzung ab, in der das Auswanderungsproblem besprochen wurde. Den Vorsitz führte der Abg. Dobbski. Die Regierung war vertreten durch Außenminister Strzyński, Arbeits- und Wohlfahrtsminister Sokal, Departementsminister Babicki vom Außenministerium und Baudirektor Kutschowski vom Auswanderungskomitee.

Minister Strzyński charakterisierte in allgemeinen Linien das Wesen des Auswanderungsproblems vom Gesichtspunkt der Außenpolitik. Minister Sokal trug die Sachlage der Emigration vor, sowie ihre Kontinuität im Verhältnis zu den Vorkriegszeiten. Nach statistischen Berechnungen beträgt die jährliche Bevölkerungszuwachs 450 000 (1) und könnte nicht von der Industrie und Landwirtschaft absorbiert werden. Daher sei die Auswanderung eine unvermeidliche Erscheinung, und es ergäbe sich der Schluss daraus, daß die Frage der Auswanderung gezielt geregelt werden muß und

zu fallen. Ich bin froh, daß Euer Steck vollendet ist und sie nun nicht täglich mehr kommt. Sie bringt zu viel Unruhe mit. Aber Doktor ja gar nicht zu, Udo . . .“

„Doch, doch, ich höre, Schatz.“ Aber sie begriff, daß seine Gedanken weitab waren. Was war geschehen? Einer der üblichen kleinen Bänke zwischen Liebes- und jungen Freuden? Oder mehr? Begann diese Ehe, in höchster Verliebtheit, im Rausch geschlossen, unglücklich zu werden? Um Gottes willen, nur das nicht. Udo durfte nicht unglücklich sein.

Uschi's Augenlider waren gerötet, als sie zum Abendessen kam. Sie schien geweint zu haben. Alle drei waren recht still anders, als sie sich diesen Abend vorgestellt hatten.

Erst im Kabarett wurde Udo wieder frischer, erregt und lebhaft. Er blieb eine Weile hinter den Kulissen, kam dann aber, ehe der Stetsh begann, zu seinen Damen in die kleine Loge. Er winkte und grüßte nach allen Seiten, überall sah man Bekannte und Freunde.

Der Stetsh wurde ein starker Erfolg. Er behandelte einen Kriminalfall, eingekleidet in ein erotisches Gewand, mit atemraubender Spannung und verblüffender Lösung. Die kleine Arbeit, die einen eleganten, scharfgeschliffenen, geistreichen Dialog zeigte, war den beiden Autoren außerordentlich geglückt.

Ruth Carini in der tragenden Rolle übertrug ihre beiden männlichen Partner, die auch sehr gut spielten. Sie aber war genial, hinreichend, faszinierend, von sprühendem Temperament und überraschender körperlicher und geistiger Grazie. Sie sah blendend aus und verstand es, alle ihre Vorfälle als Weib und als Künstlerin in das beste Licht zu rücken. Udo sie hörte nur eine Stimme im Saale: Nie vorher hatte sie so Virtuoses geleistet.

Der Beifall war stürmisch. Udo mußte sich mit Ruth Carini wieder und wieder verbeugen. Blumen wurden den Autoren gereicht, immer von neuem wollte man sie sehen und feiern.

Ellen hatte leuchtende Augen und lachende Lippen. Sie war unbeschreiblich froh. Uschi blieb still. Sie konnte sich auch jetzt, da sie den Erfolg erlebte, nicht von Herzen freuen, weil dieser Erfolg durch Ruth Carini zu Udo gekommen war.

Andererseits, daß die Politik des Staates in dieser Frage sich nach der allgemeinen Lage richten muß, damit die Emigration mögliche materielle Bedingungen findet und eine solche Sicherstellung der bürgerlichen Rechte, daß sie der Einbildung der Nationalität, Sprache und Sitzen nicht ausgesetzt wäre. Eine ungünstige Seite an der Emigration sei der Mangel an Intelligenz. Schwierigkeiten in der Organisierung des Sammellebens schafft. Andererseits aber besitzt die polnische Emigration zwei sehr wertvolle Eigenschaften, und zwar Ausdauer in der Wahrung nationaler Eigenheiten und die Fähigkeit, sich den neuen Bedingungen anzupassen, unter denen die polnischen Emigranten zu arbeiten hätten. Angesichts des komplizierten Charakters der Emigration, der verknüpft ist mit der Gesamtheit der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, erfordert die Ausarbeitung eines ausführlichen Programms längere Zeit. Abg. Dobbski äußerte den Wunsch, daß in der nächsten Sitzung, die am Dienstag stattfinden wird, ein Regierungsprogramm in der Emigrationsfrage vorgelegt würde. Minister Sokal erklärte, daß in so kurzer Zeit die nötigen Arbeiten nicht ausgeführt werden könnten. In der nächsten Sitzung wird also die allgemeine Diskussion fortgesetzt werden.

Eine Einladung des Staatspräsidenten zur Jagd.

Sejmarschall Rataj reiste auf eine Einladung des Staatspräsidenten mit einigen Abgeordneten am Freitag nach Spala ab, um dort an einer vom Staatspräsidenten für das Sejmpräsidium veranstalteten Jagd teilzunehmen.

Ein inoffizieller Vorschlag.

Blättermeldungen zufolge hat sich der Sowjetgesandte in Warschau, Wojlow, an das Außenministerium mit dem inoffiziellen Vorschlag gewandt, eine gemischte polnisch-sowjetische Kommission zu bilden für den Kampf gegen den Banditismus. Die Blätter weisen darauf hin, daß die polnische Regierung schon einen ähnlichen Vorschlag Obolenkis zurückwies, wobei sie davon ausging, daß Polen über dieses Thema nicht diskutieren könne, da es keine Bänder organisiere. Die Sowjetregierung möchte selbst die Bildung von Bändern unterstützen.

Konferenzen beim Kriegsminister.

Der Kriegsminister empfing in den letzten Tagen den Schweizer Gesandten und Befehlshaber Seeger und den Vertreter des Generalsekretärs des Völkerbundes, Avenol, und hielt mit jedem von ihnen eine längere Konferenz ab.

Eine Landesverweisung.

Die „Agencja Wschodnia“ meldet aus Lemberg: Am Freitag wurde die berüchtigte Janusz Dittner, die wegen Denunzierung hervorragender polnischer Persönlichkeiten in der Zeit des Weltkrieges vor den österreichischen Behörden vom Gericht zur Landesverweisung verurteilt war, nach dem Bahnhof abgeschoben. Janusz Dittner ist nach Wien abgereist.

Um die Änderung der Wahlordnung.

Der Oberste Rat des Nationalen Volksverbandes hat nach einer Meldung des „Kurjer Poznański“ folgende Entschließung in der Angelegenheit der Änderung der Wahlordnung gefasst:

1. Die Gesamtzahl der Sejmmandate müßte, im Einklang mit dem Obersten Rat vorgelegten ausschriftlichen Entwurf für die Bezirkswahlen, auf 224 verringert werden, — darin 188 von der Bezirkssilie und 36 von der Staatssilie.

2. Die Zahl der Mandate in den Bezirken Mittel- und Westpolens soll in der Regel nicht 3 Mandate aus einem Wahlbezirk übersteigen. In den östlichen Woiwodschaften sollen mehrmandatige Bezirke beibehalten werden.

3. Bei der Verteilung der Mandate auf die Bezirke sind in höherem Maße die Teile des Landes zu berücksichtigen, die in Polen kulturell, wirtschaftlich und steuerlich überlegen sind und bei den Wahlen im Jahre 1922 eine höhere Beteiligung an den Wahlen gezeigt haben, somit an den Angelegenheiten der Republik lebhafter interessiert sind.

4. Antistaatliche Parteien, wie z. B. die Kommunisten, müßten von dem Rechte der Anmeldung von Wahllisten ausgeschlossen werden.

5. Die Bezirkssilie, die absolute Stimmenmehrheit in einem Wahlbezirk erlangen, auf den nicht mehr als 4 Mandate entfallen, erhalten sämtliche Mandate dieses Bezirks.

6. Mit Rücksicht auf die Gefahr der fremden Elemente erklärt sich der Oberste Rat lieber für eine gemeinsame Liste des nationalen Vaters, denn für eine Verbindungsliste.

Das Spiritusmonopol.

Die Sonnabendnachmittags-Sitzung der Haushaltskommission war der Erörterung des Vorantrags des Spiritusmonopols gewidmet. Der Referent Abg. Michałski warnte vor einem schnellen Ausbau des Monopols in der Erwagung, daß seine Einführung im Gegensatz zum Tabakmonopol schwieriger sein würde. Im Sinne eines Antrages des Referenten, der mit der Regierung vereinbart war, wurde beschlossen, im Budget des Spiritusmonopols als Nettogewinn eine Summe von 150 Millionen Gold, vermehrt um 20 Millionen, einzutragen. Für Investitionen, die im Zusammenhang mit der Einführung des Mono-

„Geschichte Mache, weiter ist es nichts,“ hörte sie eine Stimme in der Nebenloge sagen.

Sie beugte sich vor. Zwei elegant gekleidete, aufstellende, geschminkte Frauen sahen dort. Es schienen Schauspielerinnen oder Cabarettistinnen zu sein. Uschi kannte sie nicht.

„Die Carini wird wieder einmal weit über Gebühr gesetzt,“ sagte dieselbe Stimme jetzt, und zitterte vor Neid.

„Das nur gut sein,“ meinte die andere Frauennstimme, „sie kann viel, sie steckt uns alle in die Tasche.“

„Ob Holst und die Carini jetzt, nach ihrem gemeinsamen Erfolg, wohl heiraten werden?“ fragte die erste Stimme wieder.

„Wie kommst Du darauf?“

„Nun, damals, ehe die Carini von Berlin fortging, hieß es doch, sie hätten ein Verhältnis und würden wohl heiraten. Nun, da die Carini ihrem Manne fortgelassen ist, wird es mit den beiden vielleicht etwas.“

„Weißt Du denn nicht, daß Holst verheiratet ist?“ lachte die andere. „Und die Carini nicht geschieden. Du phantasierst, mein Kind.“

Uschi vernahm nichts mehr. Freunde kamen in ihre Loge, um sie und Ellen zu beglückwünschen. Dann erschien Udo. Strahlend, erregt, frisch. Man hörte nicht mehr auf die anderen Vorträge. Wagn unterhielt sich im Hintergrunde der kleinen Loge, stieß an, die Carini kam, abgeschnitten, in großer Abendkleid, sprühend vor Lebhaftigkeit und Freude. Alles drehte sich nun um sie, sie war heute der Magnet, der unwiderstehlich anzog. Und sie genoß ihren künstlerischen und persönlichen Triumph in glücklicher Laune.

Uschi blieb während des ganzen Abends sehr still. Wieder und wieder suchten Udos Augen die seiner Frau. Sie hatte ihn zu dem Erfolg beglückwünscht, aber über das Werk selbst hatte sie ihm nichts gesagt.

Er setzte sich an ihre Seite und fragte:

„Wie gefällt Dir der Stetsh?“

„Er ist sehr wirkungsvoll, Udo, sehr spannend und aufregend, das sieht Du an dem großen Beifall, das hörtst Du ja auch von allen Seiten.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Mutter.

Roman von Lola Stein.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börse.

Was der Wirtschaft Litauens fehlt.

Diese Frage beantwortet sich mit drei Worten: Geld, Geld und abermals Geld. Dieses Geld aber ist in Litauen selbst nicht vorhanden, und die Frage nach der Kreditwürdigkeit dieses Staates erledigt sich nicht einfach mit dem Hinweis etwa auf die ständig über 100prozentige Metalldeckung der Notenemission der litauischen Bank oder auf die im Betracht der kleinen Bevölkerungsgröße immerhin bedeutende Aktivität der litauischen Außenhandelsbilanz. Viel wichtiger für das ausländische Kapital, das, wie man jetzt auch bei den massgebenden Regierungsstellen in Kaunas einzusehen beginnt, in ganz intensiver Weise für den Wiederaufbau der litauischen Wirtschaft herangezogen werden muß, ist vielmehr das ganze Wirtschaftssystem des Landes. Welche großen grundlegenden und organisatorischen Fehler dieses aufweist, haben wir früher schon des öfteren dargelegt, und das wirtschaftliche Schicksal des Memelgebietes ist ein ebenso offenkundiges wie trauriges Zeugnis dafür, wie schlecht das litauische Volk in der Auswahl seiner regierenden Männer beraten ist, die bisweilen wohl allerlei partizipative wie auch diplomatische Begabung, aber durchaus nicht immer hinreichende politische und weltwirtschaftliche Einsicht an den Tag gelegt haben. Jedenfalls hat man dort schon allzu lange schlecht verstandene rein staatspolitische und nationalistische Interessen den ureigensten wirtschaftlichen Interessen des Landes vorangestellt. Ob mit der schon neulich von uns erwähnten Konferenz, der die Regierung ihre Auslandsvertreter nach Kaunas gerufen hatte, etwa eine gewisse Umkehr der Handelspolitik vorbereitet werden soll, wagen wir nicht zu beurteilen. Immerhin ist es dabei außer der Untersuchung über die Fehler der bisherigen Außenhandelspolitik zu einer Aussprache über die allgemeinen Ursachen der gefährlichen Wirtschaftskrise Litauens gelommen, die doch allerlei Hoffnungen aufleimt.

Aus dem auf dieser Konferenz vom Finanzminister Petrusis erstatteten Referat interessieren vor allem die Ausführungen, die eine Umstellung der litauischen Landwirtschaft in den Vordergrund des ganzen staatlichen Wirtschaftsprogramms rüden. Gestützt auf die Gutachten einer Reihe von Sachverständigen wird empfohlen, den Ackerbau zugunsten der Viehzucht ganz zurücktreten zu lassen. Die in Litauen bekanntlich schon zum großen Teil durchgeführte revolutionäre Bodenreform, die eine Verschärfung der großen Güter mit sich gebracht hat, scheint allerdings keine großen Entwicklungsmöglichkeiten für einen rationellen Getreideanbau, der die Grundlage für einen nennenswerten Export bieten könnte, offen zu lassen. Deshalb, so meinte Petrusis, müßt man das Beispiel Dänemarks, Hollands und Schwedens nachahmen und mit Hilfe bedeutender Kapitalsanlagen zu einer intensiven Viehzucht übergehen. Schon die leistungsfähige Entwicklung des litauischen Außenhandels beweise die gute Konjunktur für tierische Produkte und namentlich für Erzeugnisse der Milchwirtschaft. Ebenso würde sich das in der landwirtschaftlichen Industrie angelegte Kapital sehr gut verdanken. Darum sei es eine der wichtigsten Aufgaben der litauischen Konsuln, im Auslande nicht nur neue Absatzgebiete und billige Bezugssachen für Litauens Produktion und Bedarf, sondern vor allem Kapital ausfindig zu machen, das sich in Litauen betätigen möchte. Bezeichnend für die Zusammensetzung der Gesellschaft, die im Anschluß an diese Konferenz vom Handelsminister Petrusis zu einem Essen geladen war, ist es, daß in sämtlichen an und nach der Tafel gehaltenen Reden die intensive Förderung der Landwirtschaft über alles andere gestellt wurde. So wurde davon gesprochen, daß für die Produkte der litauischen Landwirtschaft viel zu geringe Preise erzielt würden, weil sie für den Export nicht richtig bearbeitet würden, während ausländische Firmen, die litauische Produkte, z. B. Fleisch zum Export anlaufen, reinigen und sortieren, wesentlich bessere Preise bekämen.

Ein Vertreter der großen Konservenfabrik „Maiatas“ wies aus seinen Erfahrungen mit dem Ankauf von etwa 400 Waggon Bier nach, daß dieses ungerechtfertigt genäht sei, so daß die Bauern nicht einmal soviel dafür erhalten, was ein dreijähriges Aufzählen Unfosten verurteile. Die Regierung müsse vor allem den Sinn für rationelle Wirtschaft bei der bäuerlichen Bevölkerung wecken. Auch von den Sorgen der Industrie war informiert die Rede, als der Vorsitzende des Fabrikantenverbandes das Fehlen jeglichen Exportes und die Erhöhung der Einreise von ausländischen Käufern beklagte, während der Inhaber einer der größten Schuhfabriken die Ursachen der Wirtschaftskrise in den außerordentlich hohen Steuern vom Bruttogewinn, dem unerträglich hohen Bankdiskont und dem Mangel eines Aufwertungsgesetzes sah, welches die Möglichkeit geben könnte, die Kriegsschulden zu liquidiieren. Von den standfesten Schwierigkeiten, die dem Importhandel durch die schon bei anderer Gelegenheit besprochene Handhabung der Zoll- und Einfuhrbestimmungen bereitstehen, war dagegen nicht die Rede. Auch die Nöte des Holzhandels, der doch bekanntlich der wichtigste Lebensfaktor für Memel und den Memeler Hafen bildet, hat man nicht zu berühren. Wenn aber die Volkswirtschaft Litauens im kapitalkräftigen Auslande Vertrauen und finanzielle Hilfe finden will, wird die Regierung gerade gegenüber der Holzindustrie und dem Holzexportgeschäft ihre Stellung wesentlich abändern müssen. Welch trübe Bedeutung hierbei der Frage einer möglichst weitgehenden Erleichterung der Holzfuhr aus Russland und Polen auf dem Memelstrom autommt, haben wir schon wiederholt auseinandergelebt. Leider ist die politische Spannung zwischen Litauen und Polen immer noch so stark, daß auf eine baldige Besserung der Verhältnisse auf diesem Gebiet nicht gehofft werden darf. Damit rückt aber auch die Lösung des litauischen Sanierungsproblems, die nicht allein durch die von Petrusis vorgeschlagene Umstellung der Landwirtschaft erreicht werden kann, wieder in weite Ferne.

Landwirtschaft
94 Morgen, mit tot. und leb. Inventar und Ernte, gute Gebäude, bei Neulomischel, zu verkaufen. Ges. Offert. mit K. an die Geschäftsstelle der Kreiszeitung in Nowy Tomysl erbeten.

Zwei möbl. Zimmer, Nähe d. Botanischen Gartens, per sofort zu vermieten, eventl. zusammen, od. getrennt. Näherr.: Hennig, Poznań, Siemiradzki 8.

Möbl. Zimmer zu vermieten ohne Betten und Bänke. Poznań, Skarbowa 15 II.

Möbl. Zimmer

per sofort abzugeben. ul. Gen. Kosciuszkiego (früher Blücherstr.) 15 III b. Werner K. 2643 an die Geschäftsst. dieses Blattes.

Bahnarzt sucht 3 Zimmer u. Küche, eventuell möbliert mit Küchenbenutzung. Off. u. zu vermieten.

Möbliertes Zimmer Glogowska 98, Gartenh. III.

Zum baldigen Antritt suche für meine Gastwirtschaft mit Kolonialgeschäft

älteres Fräulein oder Witwe ohne Anhang, d. auch Hausarbeit übernimmt. Poln. Sprache Bedingung.

Ernst Mollner, Jasiona, poczta Wronki.

Junger Ingenieur, mit Kenntnissen im allgemeinen Maschinenbau sucht gestützt auf la Prüfungs-Bezeugnisse.

Stellung. Offerten unter 2020 an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.

Handel.

Der Bankrott einer der größten Lodzer Textilfirmen, durch eine ganze Reihe polnischer Banken, mit der Bank Polski und der Landeswirtschaftsbank an der Spitze, sowie auch verschiedene ausländische Firmen stark in Misereinschaft gezogen werden, erregt zurzeit im Lodzer Bezirk großes Aufsehen. Es handelt sich um die Firma Julius Heinz, die seben bei dem zuständigen Kreisgericht eine Erklärung ihrer Zahlungsunfähigkeit abgegeben hat. Schon am 15. September 1924 wurde der erste Wechsel protestiert.

Zollerleichterungen für die Textilwareneinfuhr nach Ungarn. Nach einer Budapester Meldung der „Textil-Woche“ können bis auf weiteres nach Ungarn zollfrei eingeführt werden: rohe Baumwollgarne, eindrähtig, über Nr. 40 englisch; rohe Baumwollgarne, zweidrähtig und mehrdrähtig, über Nr. 80 englisch; rohe Tütegarne und Flachgarne, eindrähtig, roh, über Nr. 70 englisch. Beim Zollverfahren und der Anwendung der Zölle im allgemeinen wird nach der bisher üblichen Norm verfahren. Ferner haben mit dem Augenblick des Inkrafttretens des neuen Zolltarifs (1. Januar 1925) alle bisher in Kraft gewesenen Einfuhrbeschränkungen ihre Gültigkeit verloren.

Wirtschaft.

Die Landwirtschaft der Krim hat sich in den letzten Jahren verhältnismäßig gut entwickelt. 1922 betrug die Anbaufläche nur 26,1 Proz. der des Jahres 1916, im Wirtschaftsjahr 1923/24 bereits 49,9 Proz., und in dem neuen Wirtschaftsjahr wird die Anbaufläche noch um 10 Proz. größer gegenüber dem Vorjahr angegeben. Die leistungsfähige Ernte hat allerdings unter der im vergangenen Sommer und Herbst herrschenden Trockenheit teilweise stark gelitten. Immerhin betrug die gesamte Kornreiche rd. 7 Millionen蒲d. d. h. etwa sechsmal mehr als 1921. Im kommenden Frühjahr sollen 177 500 Desjatinen mit Sommerzaat angebaut werden. Auch die Viehzucht ist bedeutend gestiegen, sowohl was die Zahl der Arbeitstiere wie insbesondere auch die Zucht von Schafen angeht. Die Gartenbaufäche, die 1916 über 12 800 Desjatinen betrug, wurde im vorigen Jahre bereits auf 9000 Desjatinen gebracht. Die Tabakbaufäche war 1924 schon wieder auf 2500 Desjatinen, gegenüber rund 4000 im Jahre 1916, gestiegen. Mit Hilfe größerer Kredite für Saat und landwirtschaftliche Maschinen sowie umfangreicher Meliorationsarbeiten hofft man, die Leistung der Landwirtschaft in der nächsten Zeit noch wesentlich verbessern zu können.

Von den Märkten.

Holz. Brzesko u. B. 31. Januar. Fichtenholzschwellen 3,40–3,60, Eichenschwellen 5,90–6 für 1 Stück, Telegrafenstangen 16–17,50 pro Meter, Kieferne 15 Proz. billiger, Fichtengrubenholz 11,20 pro Meter, Kiefer um 10 Proz. billiger, Pappe 10,50–11 pro Meter, Erlenläufe 25–26%, Fichtenholz 45%–46%, Kiefer 37½–40, Fichtenholzscherbretter 41½–42, Bimmermannsbretter 25,25–27, Bimmermannschieferbretter 21–22, Brennholz Eiche 6–7, Erle 5,29–6.

Produkten. Danzig 31. Januar. (Nicht amtlich) Weizen 128–130 f. 18–18,50, 118–123 f. 15,80–17,30, Roggen 116–118 f. 18½–19, prima Gerste 14½–15, mittlere 14–14,40, Hafer 13–14, gewöhnliche Erbse 10,60–12,50, Bitterauerhafer 14–18, Roggenkleie 11½, Weizenkleie 12, Weizenchale 12½.

Üublin 31. Januar. Weizenmehl 00 72, Nr. 1 66, Nr. 4 50, Nr. 4½ 34, Roggenmehl Nr. 0 48, Nr. 2 32 für 100 kg. Isto Wöhle. Tendenz fest.

Lodz 31. Januar. Die Situation auf dem Produktionsmarkt ist ruhig. Engrospreise: Roggen 34, Hafer 32–33, Weizen 40–41, Gerste 30, Roggenkleie 22–23, 50proz. Roggenmehl (82 kg.) 42–44, Weizenmehl „000“ 50–51.

Warschau 31. Januar. Bei Privatumsächen wurden für 100 kg. franco Verladestation notiert: Weizen 40, Roggen 32, Hafer 30–31, Gerste 17½, Mais Mai 135, Juli 136%, September 136%, Hafer Mai 63½, Juli 64%, Roggen 180%, Juli 156%, September 135.

Hamburg 31. Januar. (Amtlich) Weizen 270–280, Roggen 270–276, Inlandsgerste 243–280, ausl. 242–260, Hafer 200–210.

Chiago 30. Januar. Cts. pro Bushel. Weizen Mai 203½, Juli 171%, September 157½, Mais Mai 135, Juli 136%, September 136%, Hafer Mai 63½, Juli 64%, Roggen 180%, Juli 156%, September 135.

Hamburg 31. Januar. Weizenmehl 243–280, ausl. 242–260, Hafer 200–210.

Chiago 30. Januar. Not. Ziff. für 100 kg. in £. Weizen Tendenz fest. Manitoba 1. Sorte 22,35, 2. Sorte 21,75, 3. Sorte 21,45, Isto Rosafe Januar/Februar 20,10, Baruso Januar/Februar 20, Gerste Tendenz fest, Dunaj 14,75, Lapata 14,40, indische 13,10, Marofka 13,05, Roggen Tendenz fest, Western Rue 1. Sorte 18,80, 2. Sorte 18,25, Mais Tendenz fest, Lapata 13,06, beharabischer 12,95, Hafer clipped Plata 12,05, Tendenz fest.

Bier und Fleisch. Katowice 31. Januar. Im Hinblick auf den Preisrückgang für Bier auf den dortigen Biermärkten hat das schlesische Wojewodschaftsamt folgende Preise festgesetzt: Für 1 kg. 1. Sorte Schweinefleisch 1,80, Rindfleisch 1,56, Kalbfleisch 1,80, Hammelfleisch 1,40, Speck 2,20, Mäuscherstück 2,60.

Edelmetalle. London 30. Januar. Platin 510, Silber 32½, Zustellung 32%, Gold 87,11.

Börse.

Der Zloty am 31. Januar. Danzig: Zloty 101,24–101,76. Überweitung Warschau 100,74–101,26. Berlin: Uebert. Warib. Warischau oder Woen 80½–80,90. Uebert. Wattois 80½–80,95. London: Uebert. Warischau 24,95. Zürich: Warischau 100. New York: Uebert. Warischau 37,20. Czernowitz: Uebert. Czernowitz 37,10. Riga: Uebert. Czernowitz 102.

1 Gramm Feingold bei der Bank Polski für den 1. und 2. Februar 1925 – 3.4856 zł. (M. B. Nr. 25 vom 31. 1. 1925).

Danziger Börse vom 31. Januar. (Amtlich) London 25,21½, Schied 25,21. Berlin 124,987–125,613.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Rup. in Zloty:

Wertpapiere und Obligationen: 2. Februar 8,45–8,00 8.00–8,30 0,70

Spoz. Litz. zbożowe Ziemiowa Kred. 3,00

Spoz. Państwowa Poznańska Kred. 3,00

Spoz. Bank Polski Kred. 3,00

Bantattien: 3,00

Awilecki, Potocki i Sta. I.–VII. Em. 4,00

Bank Przemysłowa I.–II. Em. 4,00–4,50

Bank Gw. Społek Zarobk. I.–XI. Em. 9,75–10,00

Polski Bank Handl. Poznań I.–IX. 1,90

Pozn. Bani Ziemię 1.–V. Em. 3,00

Industrieaktien: 3,00

Ciegielski I.–IX. Em. 0,65–0,70

Centralna Rolnictwa I.–VII. Em. 0,60

Gutownia Bydgoszcz I.–III. Em. 8,00

Goplana I.–III. Em. 1,50

E. Hartwig I.–VII. Em. 4,00

Hartwig Kantorowicz I.–II. Em. 3,50

Luban, Fabryka przetw. ziemni. I.–IV. 85,00

excl. Kup. 85,00

Dr. Roman Majl I.–V. Em. 26,50

Blidno I.–III. Em. 0,40

Pozn. Spółka Drzewna I.–VII. Em. 0,95

Unja (vorm. Benz) I.–III. Em. 8,50

Wisła, Bydgoszcz I.–III. Em. 10,00

Wyrownia Chemiczna I.–VI. Em. 0,50

Sted. Browar Grodziskie I.–V. Em. 1,90–2,10

Tendenz: nicht einheitlich.

Warschauer Börse vom 31. Januar. **Bankwerte:** Bank Przemysłowa Warsz. 6,70, Bank Handlowy Warsz. 5,50, Bank dla Handlu i Przem. 1,00, Bank Zachodni 1,70, B. B. B. P. 1,55, Zw. Spółek Zarbowych 9,75. **Industriewerte:** Puls 1,68, Spiek 1,30, Chem. Agier 1,05, Elekt. Bag. Dahr 0,80, Elektryczność 1,95, Ska i Świątko 0,40, Chodorow 4,60, Czerniak 0,67, Czestochowa 2,22, Gostyń 2,00, W. T. F. Czerniak 3,33, Kirley 0,40, Łaz 0,17, Włocława 2,80, Węg. 2,80, Polska Rafta 0,63, Brzeg Nobel 1,90, Ciegielski 0,69, Lipow 0,72, Modziewski 4,55, Norblin 0,86, Ostrowiecki 6,90, Barwosz 0,63, Ruciś 0,80, Ruski 1,30, Starachowice 1,92, Ursus 1,50, Bieleniewski 9,30, Szarydow 11,90, Gorzkow 1,30, Haberbusch u. Schiele 5,70, Spiritus I

Dort kauft man für wenig Geld TANI SKLEP

Inh.: Edmund Rychter, Poznań

1. ul. Wrocławskiego 15. Tel. 54-25.

2. ul. Wrocławskiego 14. Tel. 24-71.

Herren-

und Knaben-Anzüge, Paletots, Regenmäntel, Sportjuppen, Anzüge für Motorfahrer, Seidenwesten, Beinkleider, Reithosen, Jackets, Smokings, Fracks.

Stoffe

aus bekannten in- u. ausländisch. Fabriken, Tuche, Bostons, Kammgarne, Gabardine in allen Farben und Qualitäten, Futterstoffe, englische Cords, Manchester zu Wagenpolstern

Herren-

Anzüge nach Mass unter Leitung akademisch ausgebildeter Zuschneider bei billigster Preiskalkulation. Garantie für tadellosen Sitz. Hier zeigen wir, was wir leisten; bitte sich davon zu überzeugen.

Konkurrenzlose Preise!

Riesenauswahl! Besichtigung der Läden ohne Kaufzwang!

ERDMANN KUNTZE

Schneidermeister Poznań, ul. Nowa 1, I. Etage

Anfertigung vornehmster

Herren- u. Damen-Moden



Eigenes Atelier im Hause.

Lager in prima englischen u. deutschen Stoffen.

Moderne Frack-Anzüge zum Verleihen.

Gelieferte Stoffe werden zu erstklassiger Verarbeitung angenommen.

Ausnahmeoffer



Nur für P.T. Konsumenten!

Zu äußerst niedrigen Preisen und sehr bequemen Zahlungsbedingungen haben wir zur sofortigen Lieferung abzugeben in Partien nicht unter 300 Tonnen größere Mengen oberschlesischer Steinkohlen (Tiefbauskohlen) erstklassiger Qualität. Bei Anfragen bitten wir anzugeben benötigte Mengen und Sortimente.

BONA & Co., Mikołów

Poln. Oberschlesien.

Makulatur weiße starke Bogen mit Druck, Formate 46×59

hat abzugeben

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Zwierzyniecka 6.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichner bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Februar 1925

Name
Wohnort
Postanstalt
Straße

Bin Käufer für

TROCKENSCHNITZEL - KARTOFFELFLOCKEN

zur prompten und späteren Lieferung.

Mieczysław Bachorski

Poznań, ul. Młyńska 9.

Telephon 2269-5078. :—: Telegrammadresse: „Embach“.

Wer leiht einem Fabrikbetriebe 2500 Złoty?

Geldgeber erhält ein Ess- oder Herrenzimmer kostenfrei.

Hohe Verzinsung zugesichert.

Gefl. Anerbieten unter F. 2489 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

6-7000 Złoty

als erste Hypothek auf ein schuldenfreies Grundstück. Sicherheitswert 20000 Złoty bei annehmbarem Risiko geführt.
Öfferten unter P. 2563 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Neu! Wieder eingetroffen! Otto Kemmerich Der Große Rechenschlüssel

(Patentamtlich geschützt) / 2. Aufl. 6.—19. Tausend.

Preis: Gebunden 20 Złoty.

Nach auswärts unter Nachnahme mit Porto zu schlagen.

Zu beziehen durch die
Posener Buchdruckerei
u. Verlagsanstalt A.-G.

Abt. Versandbuchhandl. / Poznań, Zwierzyniecka 6.

Seilscheiben.

| | |
|-------------|---------------------------------|
| 1 Stück | 2 m Durchmesser, dreirollig |
| 1 " | 1,35 " |
| 1 " | 1,50 " |
| 1 " | 0,75 " |
| 2 " | 1 " |
| 2 " | Drahtseilscheiben 1,50 u. 1 m " |
| 2 Rammräder | 1,55 u. 0,80 Durchmesser |

zu verkaufen.

Otto Tonn, Eisenhandlung, Rogoźno.

Pferdeverkauf
Gute Acker-, Reit- und Wagen-Pferde
täglich neue Auswahl
stehen unter kulanten Bedingungen zum Verkauf.

S. Kalinowski, Poznań
ul. Dąbrowskiego 18.
Telephon 6558.

Anzeigen kleinere einspaltige Inserate bis 11 Uhr vorm., grössere Anzeigen, bei denen Korrektur gewünscht wird, erbiten Tags vorher.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichner bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für die Monate Februar-März 1925

Name
Wohnort
Postanstalt
Straße

Ca. 1500 kg Spielkartenkarton

erste Qualität ab Lager lieferbar.

L. Lankoff, Danzig.

Zu kaufen gesucht eine noch brauchbare

Rundmaschine

(Blechbiegemaschine) 2000 mm Nutzlänge, circa 110 mm Walzenstärke, zum Biegen von 2-3 mm Blechstärke.

Preis offeren zu richten an

C. Prechel, Schlossermeister, Rogoźno Wlp.

Suche zu 20 Stiere im Gewicht von
10-12 Gr.

als Zugochsen geeignet.

Öfferten an

Dom. Krusza Zamkowa.

bei Inowrocław.

Treibriemchen

Fander & Biathulin
Poznań, ul. Świętyna Mielżyńskiego 23, Telef. 4Q19

neu! Neu!

wieder eingetroffen!

Das Wechsel- u. Scheidrecht

für die Republik Polen

Preis 2 Złoty

nach auswärts unter Nach-

nahme mit Porto zu schlagen.

Verwandl. Buchhandlung

der Posener

Buchdruckerei und

Verlagsanstalt T. A.

pos vorgeleben sind, enthält der Wirtschaftsplan des Spitalsmonopols die Summe von 35 Millionen Gold. Die Regierung rechnet damit, daß die vollständige Einführung des Monopols im ganzen Staatsgebiet im Verlauf von 5 Jahren erfolgen werde.

Vom Vertragskomitee.

In zwei Sitzungen des Vertragskomitees beim Industrie und Handelsministerium, die in der vergangenen Woche stattfanden, wurden nach einer Gedenkrede des Industrie- und Handelsministers Kiedroń, die dem Andenken an den verstorbenen Vizemarschall des Sejm, Józef Szembor gewidmet war, die lünftigen Verträge mit Norwegen, Bulgarien und Ungarn, die in nächster Zeit abgeschlossen werden sollen, in allgemeinen Umrissen vorgetragen. Die erwähnten Verträge sollen sich auf die Meeresbegrenzungsklausel stützen. Die Bedeutung des Handelsvertrages mit Norwegen wird in dem Absatz „Handelspolitische Produkte nach Norwegen“ liegen. Der Vertrag mit Bulgarien ist wichtig vom Gesichtspunkt der Regelung der Frage des Transits durch Bulgarien nach der Türkei.

Die Bildung eines Sportzirkels im Sejm.

Auf Besetzen des Vizemarschalls Osięcki ist ein Sportzirkel des Sejm und Senats gebildet worden, dem u. a. Sroński, Kościelski, Kołodarski und Knothe angehören. Der Sportzirkel wird sich der Sportbewegung in Polen annehmen und soll demnächst ein Sportförderungsprojekt einbringen. – Wir dachten, die Parteien tragen schon so genug Sport; namentlich in letzter Zeit!

Eine schlesische Wirtschaftsdelegation bei Grabski.

Eine Wirtschaftsdelegation aus Schlesien sprach Ende vergangener Woche beim Premier vor, um ihm die schwierige Kreditlage der Industrie und des Handels Schlesiens vorzutragen. In einer besonderen Denkschrift, die dem Ministerpräsidenten überreicht wurde, sind Abhilfsmittel vorgeschlagen. Der Premier verprach, die Denkschrift zu prüfen und der schlesischen Industrie nach Möglichkeit mit Krediten zu Hilfe zu kommen.

Neue Karabiner im Polizeidienst der Ostmarken.

Wie die polnische Telegraphenagentur meldet, hat auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Unterstaatssekretär Smołski vom Innernministerium und dem Kriegsminister die Militärpolizei in den östlichen Wojewodschaften neue Karabiner erhalten.

Umbau des Sejmgebäudes.

Sejmarschall Rataj wandte sich an die Direktion der Postsparkasse um die Erteilung eines Kredits von einer Million für den Beginn von Arbeiten am Umbau des Sejmgebäudes. Die Kosten sollen 2½ Millionen Gold betragen und die Arbeiten im Herbst 1926 beendet sein.

Aus Luthers Antwort an Herriot.

In seiner Antwortrede an Herriot sagte Dr. Luther u. a.: „Wenn man die außenpolitischen Geschehnisse und Probleme überblickt, die das erste Jahrzehnt nach dem Abschluß des Weltkrieges erfüllt haben, so erscheinen sie als ein Wirksal politischer und wirtschaftlicher Streitfragen, die die Welt Europa auch nach dem Friedensschluß immer noch am Rande eines Abgrundes festhielten. Alle Versuche dieser Jahre, das Wirksal zu lösen, scheiterten an der Fortdauer der Gegenseite aus dem Kriege, die den Friedensschluß überlebt haben. Die Entwirrung hat begonnen, als aus dem Knäuel der Probleme eines der wichtigsten, die Reparationsfrage, herausgenommen und auf diejenige Grundlage gestellt wurde, auf der allein eine endgültige Regelung erzielt werden konnte, auf die Grundlage der Verständigung. Die hier zum ersten Male nach dem Weltkriege angewandte Methode der Verhandlungen auf gleichem Fuße führte schnell zu einem bedeutsamen Ergebnis. Der Domesplan wurde in Kraft gesetzt und damit der Grundstein für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas gelegt.“

Das war aber keineswegs das einzige Ergebnis der Londoner Konferenz. Wir haben erwartet, daß mit der Konferenz eine neue Äpoche eingeleitet sei, eine Äpoche, in der die großen internationalen Probleme überhaupt nicht mehr durch einseitige Entscheidungen, sondern auf dem Wege des friedlichen Ausgleichs der Interessen gelöst werden würden. Man durfte hoffen, daß diese Entwicklung eine gute Aussicht auch für diejenigen politischen Probleme eröffnete, die sonst noch der Lösung harrten. In dieser Hoffnung ist Deutschland mit dem Beginn des neuen Jahres schwer enttäuscht worden. Sie alle kennen den Verlauf und den Stand des ernsten Konflikts, der wegen der Räumung der nördlichen Rheinlandzone entstanden ist. Ich glaube, der Konflikt seiner Lösung schon viel näher gebracht wäre, wenn die alliierten Regierungen das Verfahren, das auf der Londoner Konferenz einen so sichtbaren Erfolg gezeigt hat, das Verfahren einer vertrauensvollen Aussprache, auch jetzt angewandt hätten. Es läßt sich nicht verhehlen, daß in der im letzten Sommer angebahnten Entwicklung ein Rückslag eingetreten ist, der hüben und drüben die begonnene Verhüllung der Geister wieder gefährdet.“

Zur Entwaffnungsfrage sagte Dr. Luther: „Ich kann Sie aber versichern, daß die Reichsregierung fest entschlossen ist, Versüze in der Entwaffnung, die ihr von Alliierten nachgewiesen werden oder sonst zu ihrer Kenntnis gelangen, zu befreiten. Man gebe uns zu diesem Zweck endlich den Bericht, in dem die Kontrollkommission das Ergebnis von mehr als achtzehnhundert Besuchen zusammengestellt hat, und wir werden den Nachweis erbringen, daß wirklich kein Anlaß vorlag oder vorliegt, diesen Einzelfragen den Charakter eines internationalen Konfliktes zu geben.“

Dr. Luther betonte dann, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland besser auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung als auf dem Wege des Notwechsels erreicht würde.

Eine „milde“ Antwort Dr. Luthers.

London, 2. Februar. „Daily News“ findet es schwer zu begreifen, was Chamberlain meinte, als er am Sonnabend „Ton und Geist“ der letzten Rede des deutschen Reichstagsladers bedauerte. Alle Berichte über diese Rede zeigten, daß sie überraschend verhältnismäßig wohl in der Form als auch im Inhalt war. Es sei nicht peinlich, von einem offensiven Ton zu sprechen, wo niemand einen solchen erwidern könne. Die Rede des Kanzlers sei in der Tat eine milde Antwort auf den dramatischen Ausbruch Herriots in der kanadischen Kammer gewesen. „Daily News“ führt weiter aus, die Äußerungen Herriots, deren feuriger Patriotismus von denen Poincarés nicht hätte übertrffen werden können, seien scheinbar als eine Warnung für Deutschland bestimmt, aber es sei vollkommen klar, daß Herriot in Wirklichkeit mehr auf England oder noch mehr auf Amerika abzielte. Für Frankreich überzeichnete das Sicherheitsproblem alle anderen Fragen, und es beherrschte die europäische Politik. Die Staatsmänner könnten diese Tatsache nicht unbeachtet lassen und sie auch nicht umgehen. Die Franzosen glaubten, daß das Genfer Protokoll in weitem Maße geeignet sei, ihnen die gewünschte dauernde Sicherheit zu geben. Sie glauben jetzt, daß Großbritannien beabsichtigte, das Protokoll zu zerstören oder beiseite zu lassen, und Herriot wünsche tatsächlich zu wissen, was Großbritannien an seine Stelle zu setzen beabsichtige. Der britische Staatssekretär des Außen habe daher zu seiner Überraschung entdeckt, daß, welches auch die Frage einer Annahme des Protokolls sein würde, seine Ablehnung ein Problem eröffnen werde, das ebenso große Schwierigkeiten biete.

Der Präsident der österreichischen Nationalbank bei Dr. Schacht in Berlin.

Die Presseabteilung der österreichischen Gesandtschaft teilt mit: Der Präsident der österreichischen Nationalbank, Dr. Reisch, ist in Berlin eingetroffen und hat die beabsichtigten Besprechungen mit Reichsbankpräsident Dr. Schacht aufgenommen. Über den Zweck

seiner Reise äußerte sich Dr. Reisch gegenüber dem Vertreter der Wiener amtlichen Nachrichtenstelle, der Plan seiner Berliner Reise gehe auf eine Begegnung mit dem Reichsbankpräsidenten bei der Hansabundtagung in Hamburg zurück, auf der die Notenbankpräsidenten von Deutschland und Österreich über die Währungspolitik beider Länder Vorträge hielten, doch sei er erst jetzt dazu gekommen, diesen Vorschlag zu verwirklichen. Er wolle sich in erster Linie darüber informieren, wie Reichsbankpräsident Dr. Schacht sich zu der Unregung des Gouverneurs der Bank of England, Norman, bezüglich einer Kooperation der zentralen Notenbanken stelle. Dabei verfolge er das Ziel, daß die Notenbankpolitik der beiden Staaten unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse nicht zu stark von einander abweiche. Entgegen den Gerüchten, welche davon sprechen, daß die österreichische Notenbank von England den Wind erhalten habe, die deutsche Reichsbankpolitik bezüglich der Kreditrestriktionen nachzuhören, erklärte Dr. Reisch weiter, daß davon keine Rede war, zumal sich die Kreditpolitik jedes Staates nach den besonderen Verhältnissen des Landes richten müsse. Der Vorwurf einer zu großen Weitwirksamkeit hinsichtlich der Kreditgewährung könne die österreichische Notenbank um so weniger treffen, als im Augenblick der Errichtung des höchsten Punktes der Krise, d. i. seit August 1924, ein starker Abbau der Kredite nicht nur hinsichtlich der Wechselkonten, sondern auch bezüglich der Gesamtzirkulation verfolgt worden sei. Es handelt sich bei der Reise Dr. Reisch auch um die Erledigung einiger besonderer Aufgaben; so hat er von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht die Erlaubnis erbeten, den Leiter des Devisenamtes der österreichischen Nationalbank nach Berlin zu senden, um die Erfahrungen, die hier mit der Aufhebung der Devisenverkehrsbegrenzung gemacht wurden, studieren zu lassen, weil Österreich sich mit der Idee des Abbaus der Devisenverkehrsbegrenzung beschäftigt und schon im Februar eine Neuregelung dieser Frage will. Ebenso soll der Leiter des Statistischen Amtes der österreichischen Nationalbank die Einrichtungen, die Dr. Schacht für die Wirtschaftspolitik getroffen hat, eingehend kennen lernen.

Deutsches Reich.

51. Witschuldige sitzen wegen Brüder Barmat.

Berlin, 2. Februar. Im Barmatandal sind am Sonnabend im Reiche vier neue Verbästungen erfolgt, davon zwei in Süddeutschland. Die Affäre gestaltet sich zu einem politischen Monsirenverfahren aus. Gegen den Berliner Polizeipräsidenten Richter sind neue Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft eingegangen. Auch der Postminister Dr. Hoecke wurde von der Staatsanwaltschaft zu neuen Vernehmungen für Montag bestellt. In Moabit sitzen am Wochenende 51 Misschuldige der Barmat und Kuttler in Untersuchungshaft.

Entdeckung kommunistischer Waffenlager.

Berlin, 2. Februar. Die Außedung kommunistischer Waffenlager wird wieder einmal polizeilich gemeldet. Es sind auch Verbästungen im ganzen Reiche erfolgt, nachdem bei den Berliner Betriebsräten in Kürze für einen allgemeinen politischen Generalstreik in Deutschland zum 1. März beschlagnahmt wurden. Die rechten Blätter melden die Anwesenheit zahlreicher Sowjetbeauftragter in Berlin und einen Massenverkehr der deutschen Kommunisten in der russischen Botschaft.

Die Entmilitarisierung Deutschlands.

Köln, 2. Februar. Nach den aus Paris vorliegenden Meldungen hat sich die Botschafterkonferenz am Freitag mit der Umwandlung der deutschen Munitions- und Waffenfabriken beschäftigt. Nach dem Havasbericht hat der Botschafterrat noch nicht anerkennen können, daß die Entmilitarisierung der Munitions- und Waffenfabriken in Deutschland erfolgt sei.

Um Deutsch-Oesterreichs Zukunft.

„Die Wohltäter“.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: „Die Frage der neuen finanziellen und wirtschaftlichen Sicherheit Österreichs erregt die gleiche Besorgnis im Völkerbund wie in den diplomatischen Kreisen der Alliierten. In Völkerbundstreit sei man bei dem Gedanken an die Möglichkeit, daß im Wiederaufbauplan Österreichs, einer der wirklichen Leistungen, die der Völkerbund bisher erbracht habe, ein Fehlschlag eintrete und daß dieser Fehlschlag den anderen vom Völkerbund oder unter seinen Auspizien unternommenen Wiederaufbauplänen Schaden zufügen könne, beunruhigend.“

Der Berichterstatter kommt dann auf die Reise Dr. Dinghofers und Dr. Franks nach Berlin zu sprechen und bemerkt, für einen Anschluß Österreichs an das Reich würde die Erlaubnis des Völkerbundsrates nötig sein, die dieser sicher verweigern würde, wenn nicht ein von neuem finanziell zusammengebrochenes Österreich schließlich die Geduld und Opferbereitschaft seiner jetzigen Wohltäter (1) vielleicht derart erlösen würde, daß die Frage brennend würde, ob es wiederum gerettet werden sollte oder ob ihm erlaubt werden sollte, sein Schicksal auf einem anderen Wege zu vermeiden.

Der Vatikan gegen Herriot.

Das „V. T.“ läßt sich von seinem Berichterstatter aus Rom folgendes berichten: „Wie ich erfahre, wollte der Vatikan Herriots Angriffe zuerst ohne Antwort lassen, entschloß sich aber dazu aus zwei Gründen. Einmal, weil es sich um die Rechtfertigung des verstorbenen Papstes Benedikt X. handelt, was die Kurie als Ehrenpflicht betrachte; sodann, weil Herriots Angriffe nicht allein den toten Benedikt, sondern auch den Kardinal Gasparri, der die Seele von Benedikt Politif war, trafen. Ubrigens wundert man sich in Kurienkreisen, daß Herriot, der doch die ganzen diplomatischen Archive zur Verfügung habe, nicht auf amtliche Dokumente, sondern auf die Bücher von privaten Schriftstellern zurückgegriffen habe, die keinerlei diplomatischen Wert besitzen. Hätte Herriot diplomatische Schriftstücke vorgebracht, so hätte der Vatikan mit amtlichen Enthüllungen, vielleicht sogar mit dem berühmten Weißbuch geantwortet, dessen Herausgabe die Kurie immer wieder vertagt hat, um kein peinliches Echo hervorzurufen. In letzterem Falle wäre es, sagt man mir, der Kurie leicht gefallen, aller Welt ihre absolute Neutralitätspolitik zu beweisen. Der Lettartitel des „Osservatore Romano“ sollte lediglich eine Zurückweisung gewisser Behauptungen Herriots sein, nicht etwa eine allgemeine Darstellung der vatikanischen Politik während des Weltkrieges. Es sei indessen nicht ausgeschlossen, daß der Vatikan in Sachen Herriot noch andere Auslassungen veröffentlichen werde.“

Zum Schutz der Ausländer in Shanghai.

Die Vertreter der Mächte haben gestern nachmittag dem chinesischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten eine Note überbrückt, in der sie die Tatsache hervorheben, daß die chinesische Regierung die Verantwortung für den Schutz des Lebens und des Eigentums der ausländischen Staatsangehörigen während des neuen Konflikts in der Gegend von Shanghai trage. Die chinesische Regierung wird aufgefordert, den kriegsführenden chinesischen Generälen den Befehl zu geben, unter keinen Umständen zuzulassen, daß chinesische Truppen in die Nähe von Wohnungen von Ausländern, in das Fremdenviertel von Shanghai oder in dessen Nähe vorrücken. Die Note bringt endlich die Hoffnung aus, daß eine Versicherung der chinesischen Regierung in dieser Hinsicht in der nächsten Zukunft gegeben werde.

Aus anderen Ländern.

Sozialistenverhaftungen in Italien.

Zürich, 2. Februar. Der Tagesanzeiger meldet aus Rom: Mussolini unterzeichnete ein Dekret, das die Verhaftung von 18 Mitgliedern der sozialistischen Parteileitung ausdrückt.

Sie können nicht arbeiten.

Genf, 2. Februar. Nach dem Vorhang der englischen Regierung hat auch Italien am Sonnabend dem Völkerbundskreis unterteilen lassen, daß Italien trotz der von der vierten Volksversammlung des Völkerbundes gefassten Resolution seine Ausgaben für Heer und Flotte nicht wesentlich herabsetzen willne.

Eine englische Lösung der Räumungsfrage?

Rotterdam, 2. Februar. „Evening Times“ melden, daß der Oberbefehlshaber der englischen Besatzungsarmee am Rhein an den Sitzungen des Kabinettsrats am Donnerstag und Freitag teilgenommen hat. Entgegen der deutschen Auffassung bereite sich eine englische Lösung der Räumungsfrage vor. Der Oberbefehlshaber kehrt am 10. Februar nach Köln zurück.

Wie man in Paris denkt.

Rotterdam, 2. Februar. Der „Courant“ meldet aus Paris: In Pariser politischen Kreisen hat die Rede des deutschen Reichskanzlers vor der ausländischen Presse stark entzündet. Alle Kommentare der Blätter Samstag früh sind darüber einig, daß auch die kaiserlichen Minister nicht hätten anders sprechen können. Das „Journal“ fordert den deutschen Kanzler auf, statt seiner unbewiesenen Beschuldigungen gegen die Alliierten endlich die Wahrheit über die wirklichen deutschen Pläne und Absichten in aller Offenheit und vor den Alliierten bekanntzugeben.

Die serbische Regierung hat ihr Bedauern ausgesprochen.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Belgrad: Der serbische Außenminister hat dem deutschen Gesandten sein Bedauern über die Verleugnung Dr. Kraffts ausgesprochen. Der serbische Ministerrat hat die Beantragung der deutschen Proteste bis zum Abschluß der gerichtlichen Vorberhebungen vertagt. Einliches Aufsehen erregt das vereinigtes demonstrative Fernbleiben des deutschen Gesandten von dem diplomatischen Abend beim Außenminister Dr. Nintschitsch.

3. III in amerikanischem Dienst.

Dakar, 31. Januar. Für den auf den 14. Februar anberaumten Vermögensflug der „Los Angeles“ sind jetzt alle Vorbereitungen getroffen worden.

Die „Los Angeles“ unternimmt heute nacht mit einer Gruppe junger Marineoffiziere einen Flug über New York, New Jersey und Pennsylvania, der die ganze Nacht dauern soll.

In kurzen Worten.

Im Alter von 75 Jahren ist in Merseburg gestern früh der ehemalige Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. Wilhelm von Hegel, der Vorsitzende des evangelischen Presseverbandes für Deutschland, gestorben.

„Daily Express“ meldet aus Peking, daß die gegenwärtige Regierung den früheren Präsidenten der Republik Tsao Kun, langsam verbürgern lasse. Es werde dann nach dem chinesischen Brauch der Erstig die Hinrichtung so bekanntgegeben werden, daß man sagen werde, der Gefangene sei mangels Behandlung gestorben.“

Der alte englische Arbeiterführer, Lord Lansbury, der seinerzeit die erste größere Tageszeitung der englischen Arbeiterbewegung, den „Daily Herald“, begründet hat, ist jetzt aus der Verwaltung des „Daily Herald“ ausgetreten, um eine linksradikale Wochenschrift zu gründen und zu leiten.

Das Kriegsgericht des Hennegaus hat den deutschen Leutnant Geiter zu lebenslanger Zwangsarbeit und die Deutschen Knipping und Wittinghoff zum Tode verurteilt.

Eine Reihe heftiger, mehr als vier Minuten andauernder Erdstöße hat in Bebraus bedeutenden Sachschaden in der Stadt und im Hofe angerichtet. Verluste an Menschenleben sind, soweit bis jetzt festgestellt ist, nicht zu beklagen, doch herrscht in der Stadt eine gewisse Panik, da eine Wiederholung des Bebens befürchtet wird.

Im Alter von 77 Jahren starb in Zürich General Wille, der während des ganzen Krieges das Oberkommando über die schweizerische Armee geführt hat und mit einer geborenen von Bismarck verheiratet war.

Das einzige noch bestehende maßgebende Organ der Völkischen in Oberfranken, die „Koburger Warte“, hat nun auch ihr Erscheinen eingestellt.

Letzte Meldungen.

Herriot hält eine Friedensrede.

Paris, 2. Februar. Im großen Saale des Trocadero fand gestern eine Kundgebung über Errichtung eines Denkmals für den Frieden und die Auslösung der Völker statt, deren Vorsitzender Reichspräsident Herriot führte. Nachdem der rechtsstehende Abgeordnete Brunet und der Führer der französischen Gewerkschaften Jouhaux gesprochen hatten, ergriff auch Herriot das Wort, um wiederum auf seine Tätigkeit auf der Londoner Konferenz und während der Versammlung des Völkerbundes hinzuweisen. Über die Frage der Sicherheit erklärte er, es ist ein Stolz für Frankreich und die Demokratie, daß Frankreich als erster Staat seine Unterschrift unter jenes Dokument gesetzt hat, das nunmehr nur noch der Unterschrift der anderen Nationen bedarf, um die endgültige Charta des Friedens zu werden. Man kann also jetzt nicht mehr sagen, daß Frankreich jene Macht ist, die nur an den Krieg denkt. Ich sage und unterstreiche dies, denn wir wollen weder erobern, noch anneltern. Die Zeit ist gekommen, daß man Frankreich, das solange auf seinen Schultern das Gewicht des Friedens der Welt getragen hat, von jener Sorge um seine Sicherheit befreit wird, damit es sich den Aufgaben der Demokratie widmen kann.

Ausweisung des Patriarchen aus Konstantinopel.

Paris, 2. Februar. Havas meldet aus Athen: Die Ereignisse über die Ausweisung des Patriarchen aus Konstantinopel durch die türkische Regierung ist unter der griechischen Bevölkerung sehr groß. Alle Arbeiterverbände, alle Vere

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T.A.

Jahresabrechnung am 31. August 1924.

Aktiva. Passiva.

| | Aktiva. | Passiva. | |
|---|-------------------|------------------------------|-----------------|
| Kassenbestände: | | | |
| Bankbestand | 7 020 918 000 | 850 000 | |
| Guthaben bei Banen | 69 015 852 000 | 50 490 000 | |
| Guthaben bei P. K. O. | 890 190 000 | 5 324 958 000 | |
| Effekten | 1 | 191 427 466 000 | |
| Beteiligungs-Guthaben | 2 715 000 | Gewinn- und Verlustrechnung: | |
| Grund- u. Gebäude | 350 003 | a) Vortrag aus 1922/23 | |
| Wert-Einrichtungsgegenstände | 1 | 420 804 000 | |
| Büro-Einrichtungsgegenstände | 1 | b) Reingewinn | |
| Ausländische | 32 744 448 000 | 14 614 812 000 | |
| | | | |
| Druckereibestände: | | | |
| a) Vorräte und halbfertige Arbeit | 26 280 000 000 | | |
| b) Papiervorräte | 59 829 294 994 | | |
| Verlagsbestände: | | | |
| Bücher- u. Formularvorräte | 15 634 800 000 | M. 211 418 568 000 | |
| | | | |
| | | Haben. | |
| Handlungskosten | 525 953 628 000 | Betriebsergebnis | 553 377 312 000 |
| Grundstück-Verwaltungskonto | 13 229 676 000 | Gewinn-Vortrag | 420 804 000 |
| | | | |
| Gewinn- u. Verlust-Konto: | | | |
| Vortrag aus 1922/23 | 420 804 000 | | |
| Reingewinn 1923/24 | M. 14 194 008 000 | M. 14 614 812 000 | |
| | | M. 553 798 116 000 | |
| | | | |

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1923/24.

Soll. Haben.

| | | | |
|---------------------------------------|-------------------|----------------------------|-----------------|
| Handlungskosten | 525 953 628 000 | Betriebsergebnis | 553 377 312 000 |
| Grundstück-Verwaltungskonto | 13 229 676 000 | Gewinn-Vortrag | 420 804 000 |
| | | | |
| Gewinn- u. Verlust-Konto: | | | |
| Vortrag aus 1922/23 | 420 804 000 | | |
| Reingewinn 1923/24 | M. 14 194 008 000 | M. 14 614 812 000 | |
| | | M. 553 798 116 000 | |

Von einer Dividendenverteilung wurde abgesehen.

Poznań, den 9. Dezember 1924.

Der Vorstand:

Fischer v. Mollerh. Naumann.

Dr. Scholz.

FORD
Personenwagen
Lastwagen
Omnibusse

Fordon
Traktoren

zum Pflügen und Dreschen.
Sämtliche Ersatzteile auf Lager.

Fordvertretung für Danzig und Polen

v. Alvensleben & Thiel

G. m. b. H.
Danzig, Kohlenmarkt 18.
Tel. 114. Teleg.-Adr. Fortschritt.

In Schlesien

folgende schöne Landgüter zu verkaufen:

A/19. Herrl. Gut m. ca. 800 Morgen guter Boden, gute mass. Gebäude, Wohnhaus 11 Zimmer, lebend. Inv.: 45 Std. Rindvieh, 11 Pferde, totes Inv. über komplett, 2 gr. Dampftriebsätze; Pr. 300 000 Mark. Anzahlung 150 000 Mark.

A/20. Vorzügl. Gut, ca. 500 Morgen groß, Weizenboden, gute Gebäude, Wohnhaus 12 Zimmer, lebend. Inv.: 42 Std. Rindvieh, 9 Pferde, 31 Schweine, kompl. tot. Inv. Preis: 250 000 Mark. Anzahlung 125 000 Mark.

A/18. Schönes Gut m. ca. 135 Hekt., sehr guter Boden, mass. Gebäude, leb. Inv.: 4 Pferde, 11 Stück Rindvieh, mehrere Schafe u. Schweine, kompl. tot. Invent. Preis: 65 000 Mark. Anz. 40 000 Mark.

8/47. Vorzügl. Landwirtschaft m. ca. 90 Morgen, guter Weizenboden, davon 31 Hekt. Wald, 1/2 schlagbar; gute Gebäude m. 7 Zimm., leb. Inv.: 2 Pferde, 6 Stück Rindvieh, mehrere Schweine, kompl. tot. Invent. Preis: 38 000 Mark. Anz. 15–20 000 Mark.

A/16. Schönes Muster-gut, ca. 260 Hekt. groß. (Weizenboden), herrlich! Wohnhaus 11 Zimmer, leb. Inv. komplett. Motoröl vorhand. Pr. 100 000 Mark. Anzahl. 50–60 000 Mark.

Um einen schnellen Abschluss zu erzielen, empfiehlt sich ein sofortiger Besuch in meinem Büro.

Ludwigsburg Tortuhöhe

"Regina", Inv. Paul Höhne, Hirschberg, Schles., Bahnhofstraße 8a. Tel. 606. Größtes Büro am Platz und weiterverzweigte Verbindungen über das ganze Deutsche Reich, handelsgerichtet, eingetrag. Firma.

Eine intelligente Wirtschaftsberaterin

zu einem einzelnen Herren nach Bielawa, Post- u. Bahnhofstation Wronki, zum 1. Februar gesucht. Offerte nebst Bild an die Adresse

Stanisław Kryszkowiak, Bielawa p. Wronki.

Ordnentliches Mädchen

sauberes Kinderlohn-Haushalt geucht.

Netzband, ul. Maria Magdalena 1.

Ankäufe a. Beckäufe

Für einen Magnaten suche ein

Gut

1500 Morgen

bei vollständiger Auszahlung. Józef Stark, Poznań, ul. Dluga 4. Tel. 2760.

Landwirtschaft,

67 Morgen, dazu 25 Morgen Pacht, ist mit vollem lebenden u. toten Inventar g. verkaufen. Gesl. Off. u. A. 2589 an d. Geschäftsr. d. Blattes erb.

Logierhaus
in Bad Salzbrunn, viertes Haus vom Grünen 20 Zimmer, guter Bauzustand, alter Komfort 9–10 J. eingerichtet, viel Nebenräume. Hinterhaus, für jedes Geschäft geeignet. Hof, Garten, wegen Geschäftsbetriebnahme veräußert. Wohnung sofort frei. Anzahl. 20 Blätter. 2 Pfeiffer, Bad Salzbrunn.

Geschäfts-Hausgrundstück

mit schönen Obstgarten (Baufläche), großes Gebäude mit 4 Räumen, Wohnung, 3 gr. Säle und Nebengelaß. Laden, Wohnung, 2 Säle u. Kammer werden für Käufer frei. Preis 13 000 Mark bei 8000 bis 10 000 Mark Anzahlung. Lederwarengeschäft kann übernommen werden. Lage gut da in der Stadt.

Otto Schwarz

Sattler u. Tischnermeister Mackiassa, Kreis Lauban (früher in Orlow) Baderstraße 265 (Schlesien).

Pferdescher-

maschinen

"Hauptner", Pferde-Biehmo Schäfferen sowie Ersatzteile, ferner Ohmärker und Zangen, Schweißzangen, Trockene usw. empfiehlt zu billigsten Preisen

Ed. Karge,
Stahlwaren - Geschäft Schleiferei mit elektr. Betrieb. Poznań, ul. Nowa 7/8 (Neustr. 7/8, gegenüber der Disconto-Gesellschaft).

Stellengeinde

Landwirtschaft, 28 Jahre alt, deutsch-katholisch, beide Sprachen in Wort u. Schrift mächtig, sucht Stellung vom 1. J. oder später als

I. Beamter

am liebsten wo später Verheiratung geplant wird. Habt die landwirtschaftliche Schule absolviert, sowie 3 Jahre Praxis. Sehr gute Zeugnisse vorhanden. Befinde mich in ungünstiger Stellung als I. Beamter. Deutsche Herkunft bevorzugt. Offerten unter G. 2649 an die Geschäftsr. d. Blattes erbeten.

Angelernter Heizer sucht passende Beschäftigung in Stadt ob. Land. Gesl. Angeb. u. G. 2632 a. d. Geschäftsr. dieses Blattes erbeten.

Siehe Anfangsstellung im Kontor oder auf Gut. Oberförsterei i. J. w. Habt das Lyzeum vollst. absolviert und den Handelsfachurk. bei Herrn Dr. Großfuß; bin Deutsch-Poln. und auch im Polnischen bewandert. Buchhaltung, Stenographie u. Schreibmaschine sind mir geläufig; ebenso Körrespondenz.

Gesl. Angeb. unt. G. 2452 an die Geschäftsr. d. Blattes erbeten.

Flotte Stenotypistin, der dtch. u. poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig, nicht von iof. Stellung. Gesl. Offert. u. 2592 a. d. Geschäftsr. d. Blattes erbeten.

Arbeitsmarkt

Gesucht Lehrer
oder Lehrerin

für die deutsche Privatschule in Czempin (Bahnhofstation oder Straße Lejano-Poznań) zu baldigem Antritt. Volnische Staatsangehörigkeit und Beherrschung der polnischen Sprache Bedingung. Gutes Gehalt und freie Wohnung. Melbungen mit Lebenslauf und Bezeugnisschriften an

v. Delhaes, Borowko stare, p. Czempin.

2 bis 3 ältere Stellmacher

zu Anfertigung von offenen Wagentaschen aller Art verlangt sofort

Wagensfabrik J. Martin, Gnlezno (Gnesen).

Wer hilft mit?

Nehmre tüchtige und freudsame, aber völlig mittellose Seminaristen können ihre Lehrerausbildung nicht vollenden, wenn ihnen nicht geholfen wird.

Es ist Ehrenstift des Deutschums hier, sie nicht auf halbem Wege im Stich zu lassen. Beiträge — jedes Scherlein ist willkommen — entweder auf das Konto „Stipendienfonds“ der Deutschen Volksbank oder an die Geschäftsr. d. Blattes erb.

Marija Schnee.

zum 1. 4. für kleinen Landhaushalt gesucht. Verheiratet oder unverheiratet. Bezeugnisschriften u. Photographie einsenden.

I. Heydebreck, Grabów nad Prosną.

Gesucht zur Aufsicht auf Hof, Speicher und Ställe einen einfachen, katholischen jungen Mann als

Eleven

Vorläufig ohne Gehalt. Melbungen mit Lebenslauf unter H. H. 2618 an die Geschäftsr. d. Blattes.

Deutsche höhere Privatschule in Achynia sucht zum 1. April 1925

Lyzeal-Lehrerin

Bedingung: volnische Staatsangehörigkeit u. Prüfung eines Überzeugungs oder einer entsprechenden Anstalt. Angebote an

Ziegeleibesitzer R. Winkel, Keynia.

Am 27. Januar 1925 starb in Chur, auf dem Wege nach Arosa, wo er Heilung von seinem schweren Leiden erhoffte, mein innig geliebster Mann, unser herzensguter Vater, Sohn, Schwiegersohn und Bruder, der

Raufmann

Walter Schöning

im 44. Lebensjahr.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Berlin-Lichtenfelde W., Potsdamerstr. 51. Poznań, pl. Działowy 3.



Sonnabend kurz nach Mitternacht starb nach langem und schwerem Leiden, versehen mit den heiligen Sakramenten, mein lieber, guter Mann Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Paul Tschonert

im vollendeten 82. Lebensjahr.

Das Begräbnis findet am Mittwoch, dem 4. d. Mts. um 3 Uhr nachmittags vom St. Joseph-Stift aus nach dem St. Martinfriedhof, Bunkerstraße statt, wovon Kenntnis geben in tiefer Trauer

die Hinterbliebenen.

Gegen Kassa tausche trockene

Kiesern-Stammreiter I. Klasse und astreine Seiten nur

24 26 u. 30 mm in feinster, milder Ware.

Holzgeschäft G. Wilke, Poznań, ul. Mielżyńskiego